

Haushaltsrede 2021 der FDP

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
das Jahr 2020 hat es in sich ! Nicht nur, daß die deutsche Fußballnationalmannschaft versenkt wurde, sondern noch vieles andere ist im Sinkflug begriffen, nicht zuletzt unsere Steuereinnahmen. Womit wir fast beim Thema wären, denn geringere Steuereinnahmen sind nur ein Teil der Probleme, denen wir unsere Aufmerksamkeit schenken und die wir lösen müssen. Und das ist nicht nur Corona.

Zur Lösung der nationalen Bedrohung durch Viren können wir nur wenig beitragen, aber das wenige sollten wir tun. Die Probleme im und mit dem Haushalt dagegen können wir selbst beseitigen, wenn wir denn wirklich wollen.

Ob ein derartiger Wille aber tatsächlich vorhanden ist, muß bei dem Inhalt des vorgelegten Haushaltsplanes bezweifelt werden, auch nachdem zwischenzeitlich einige Änderungen vorgenommen wurden, die allerdings die strukturelle Unwucht des Haushalts nicht beseitigen. Wir, die FDP, haben seit Jahren darauf verwiesen, daß gutes Wirtschaften darin besteht, nicht mehr auszugeben als man einnimmt. Diesem Grundsatz ist man auch in diesem Haushalt nicht gefolgt. Es wird geplant, als ob es keine Mindereinnahmen gibt und die Coronakrise schon bald vorbei sein wird, d.h. man macht weiter wie bisher ohne auf die Ausgaben zu schauen oder sie zu hinterfragen.

Es ist allen klar, daß umstände bedingt die Aufstellung des Haushaltes schwieriger ist als sonst. Aber die Haushaltsgrundsätze und der Zweck des Haushaltes haben sich nicht geändert.

Haushaltsberechnungen werden für die Zukunft erstellt, so daß unser Betrachtungszeitraum nicht nur das Jahr 2021 , sondern auch die folgenden Jahre bis 2024 ist.

So geht die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben im Planungszeitraum d. h. bis 2024 weiter auf, nämlich bis zu 6 Mio Euro Unterdeckung mit Folgen für eine dramatische Verschuldung in diesem Zeitraum von insgesamt Mio 94, 6, nämlich Mio 83 Investitionskredite und Mio 11, 6 Liquiditätskredite. Es ist zwar fast sprichwörtlich, daß der Kaufmann auf Schulden zum Erfolg reitet. Für Kommunen ist ein solcher Ansatz eher abwegig und leichtfertig.

Bis auf die Schulden gehen alle anderen Kenndaten runter. Wir haben es also mit einer Entwicklung zu tun, die man kaum als Erfolgsmodell bezeichnen kann.

Für diejenigen, denen die angesprochenen Kenndaten nicht parat haben und als Erinnerung, sollen einige hier genannt werden. Die Jahresergebnisse bis 2024 verschlechtern sich zwischen 2,3 Mio im Minimum und 6,4, Mio in der Spitze (2022) , insgesamt um 22.3.Mio, eliminiert um den COVID -19-Effekt um 18,8 Mio. Dabei sind zugunsten dieser Zahlen Einmaleffekte eingerechnet nämlich 1,9 Mio in 2020 aus dem ELAG und für 2019 und 2021 2,1Mio, das Eigenkapital sinkt in diesem Zeitraum um 19 Mio oder 20,3 % bez. auf 2020, die Ausgleichsrücklage geht sogar auf Null. Hätte der Kämmerer auf S. 198 des Entwurfs die Berechnungen bzgl. der Haushaltssicherung um ein weiteres Jahr auf 2025 bezogen, wäre klar ersichtlich, daß der Verzehr der allg. Rücklage um jeweils 5% in zwei aufeinanderfolgenden Jahren und damit die Haushaltssicherung eingetreten wäre.

Zu dieser Feststellung hinzu kommt das eigentliche Finanzproblem, nämlich daß das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit im

Minus ist (zwischen 5,8 über 6,4 bis 4,6 Mio). Damit wird ein negativer Cashflow erwirtschaftet, der dazu führt, dass jede Investition und der laufende Betrieb (Personal und dergl.) fremdfinanziert werden muß. Hier ist der Blick auf die Entwicklung der Liquidität von Bedeutung. Ende 2019 war ihr Bestand bei 13,4 Mio mit abnehmender Tendenz auf 685 Teuro 2024. Ein Großteil dieser Mittel wurde in die Verlustfinanzierung gesteckt , während die Investitionen ausschließlich über Kredite und anteilige Fördermittel ohne eigene Finanzierungsbeiträge erfolgten. Hier wird gutes Geld schlechtem hinterhergeworfen, Verlustlöcher ohne Gegenwert gestopft. Da ab 2022 die Liquidität fast aufgebraucht ist, müssen von diesem Zeitpunkt an Kassenkredite von etwa 4 Mio zur Deckung des Bedarfs des jährlichen Haushalts aufgenommen werden.

Als Zwischenergebnis zusammengefaßt und wiederholt :

Bei einem Investitionsvolumen 2020 – 2024 von Mio 135 erhöhen sich die Investitionskredite von 9,8 Mio in 2019 auf 83 Mio in 2024 und die Liquiditätskredite erhöhen sich von Mio 4 in 2022 auf Mio 12 in 2024.

Diese Zahlen zeigen deutlich, welche massive Belastung wir der nächsten Generation aufbürden. Es wird so häufig, auch in diesem Rat, von Nachhaltigkeit geredet. Hier fehlt sie – außer im Bereich Schuldenanhäufung.

Dieses Zwischenergebnis ist allerdings nur die halbe Wahrheit, wenn man eine Kostenzuordnung und -gegenüberstellung nach den gesetzlichen Pflicht – und den freiwilligen Aufgaben der Gemeinde im Haushaltsjahr 2021 vornimmt.

Bei den Pflichtaufgaben ergibt sich bei der Gegenüberstellung Erträge zu Aufwendungen ein negatives Teilergebnis von Mio 1, 1 (Mio 59 ,7/ 60,7), bei den freiwilligen ein neg. Teilergebnis von Mio 5,5 (2, 5 /8), zusammen Mio 6,6. Folglich kann die Stadt nicht einmal die

ordentlichen Pflichtaufgaben mit ordentlichen Erträgen erfüllen, wobei nur die Eigenkapitalverzinsung der Abwasserwerke (TEuro 958), die betriebswirtschaftlich nicht zu den Erträgen gehört, das Bild etwas aufhellt, die Situation aber nicht ändert. Die EK-Verzinsung wird allerdings in den nächsten Jahren minimiert durch die Aufnahme teurer Liquiditätskredite.

Es wäre schön, Verbesserungen in der Haushaltsentwicklung durch einfache Maßnahmen zu erreichen. Steuererhöhungen sind kein adäquates Mittel, da sie nur kurzzeitige Wirkungen haben und die strukturelle Schieflage nicht beseitigen. Dennoch sei hier eine Frage gestattet : warum keine allgemeinen Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs NRM 2021 ? Muß man dieses einfach so hinnehmen oder gibt es Gestaltungsmöglichkeiten dieses zu ändern. Ähnliches gilt für die Kreisumlage. Welche Möglichkeiten haben wir, die zu reduzieren, wie z.B. Verl es vorgemacht hat ?

Es ist schon bemerkenswert, daß auch in diesem Jahr wieder , und jetzt im verstärkten Maße, auf die Ungleichgewichte im Haushalt hingewiesen werden muß, weil erkennbar kein Ansatz zu finden ist, den Haushalt solide aufzustellen. Diese Situation allein Corona anzulasten, ist zu einfach und trifft auch nicht den Kern des Problems. **So lange nicht aus der Verwaltungstätigkeit kein Einnahmen – Überschuß , also eine Art Cash – Flow, erwirtschaftet wird, können die laufenden Ausgaben (ohne Investitionen) nicht mehr durch Einnahmen gedeckt werden. Wir werden auf Pump leben müssen.**Auf die Hilfe des Staates, kurzfristige Schieflagen auszugleichen, können wir uns nicht dauerhaft verlassen, denn auch bei dem kommt das Geld nicht einfach von der Bank. Der Staat zusammen mit den Gemeinden erlegt der nächsten Generation, die das alles erwirtschaften muß, einen schweren Rucksack auf.

Die nächste Generation muß sich auch mit der Alimentierung der städtischen Beamten befassen. Hier gibt es, und ich habe das letztjährig auch schon gesagt, ein Zukunftsrisiko der Stadt in Form fehlender Finanzierungsvorsorge für die Pensionsrückstellungen von Mio 18,7 zu ultimo 2020, die bis 2024 wohl auf Mio 22 steigen werden. Das sind bindende Zahlungsverpflichtungen denen keine finanzielle Vorsorge auf der Aktivseite der Bilanz gegenübersteht und die jährlich aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren sind. Auch muß der Haushalt jetzt schon Mio 1,5 p.a.an Versorgungsleistungen und Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen mit steigender Tendenz verkraften.

Wir haben es mit einer deutlichen Schieflage des Haushalts zu tun, die mittelfristige Finanzplanung 2021 – 2023 läßt den Schluß zu, daß die Stadt nicht mehr in der Lage sein wird, aus eigener Kraft einen nachhaltig ausgeglichenen Haushalt zu erstellen. Wann, wenn nicht jetzt, ist die Zeit gekommen , tatkräftig und in Verantwortung für die Stadt zu handeln und Einsparungen im Haushalt vorzunehmen ? Wo gibt es also Kürzungspotential zur Eingrenzung der Schuldenentwicklung ? Man kann wie der Staat alte Schulden durch neue Tilgen, was aber das Strukturproblem im Haushalt nicht beseitigt.

Perspektivisch sollte die Schuldenentwicklung deutlich unterhalb des mittleren Haushaltsvolumens bei max. 30 – 40 Mio liegen und die jährlichen Einnahmen aus laufender Verwaltungstätigkeit (2021 58 Mio) nachhaltig unterschreiten. Das kann man mit einer Deckelung der Investitionskredite und folgerichtiger Streichung von Investitionsvorhaben erreichen. Kürzt man die Investitionsausgaben von 2021 – bis 2024 kumuliert um 28 Mio . Um diese Summe reduziert sich der Schuldenstand der Investitionskredite und würde dann nur, aber immer noch, 55 Mio betragen. Die Liquiditätskredite

lassen sich durch Verbrauchsenthaltung nicht beschneiden, aber die Gesamtverschuldung würde 2024 nicht bei Mio 94,6 liegen, sondern bei Mio 66,6. Einer hohen, aber annehmbarer Zahl.

Eine solche notwendige Konsolidierung, die wir nur im Bereich der freiwilligen Aufgaben vornehmen können, benötigt inhaltlich einer Priorisierung von Ausgabenfeldern. Wenn Schulen und Kitas Vorrang haben, müssen andere nicht notwendige Ausgaben zurückstehen. Hier gibt es Einsparpotential beim Projekt Rathausstraße, bei der Sanierung von Baudenkmalern oder der Neugestaltung von dörflichen Plätzen und im Sportbereich, im Stadtmarketing, der Landesgartenschau und im Freibad bzw. der Schwimmhalle.

Die Sparmaßnahmen können flankiert werden durch Verschiebung von geplanten Ausgaben. Wir müssen nicht alles auf einmal und zur gleichen Zeit verwirklichen. Die schon so oft zitierte Priorisierung könnte hier für positive Effekte sorgen.

Es ist eigentlich müßig, bei dieser Sachlage auf Einzelpläne einzugehen. Immerhin findet sich in dem Entwurf der Ansatz für ein Parkhaus am ZOB nicht wieder (3 – 4 Mio), dafür aber sinnvollerweise die Überplanung der Parkplatzfläche an der Heinrich-Kuper-Straße. Die Umgestaltung der Rathausstraße als Dauerversuch ohne Erfolgsgarantie belastet den Haushalt bis 2024 mit 7,9 Mio, eine Beteiligung des Landes ist aus heutiger Sicht erwartbar, aber nicht sicher. Hier bedarf es noch einer einleuchtenden Erklärung für die extreme Subvention einer kleinen Anzahl von Geschäften durch die Allgemeinheit und einer deutlichen Streichung der angesetzten Aufwendungen, mindestens aber einer zeitlichen Verschiebung dieses Vorhabens

Dazu muß in diesem Zusammenhang erneut darauf hingewiesen werden, daß die Rathausstraße nicht zwingend die Einkaufsstraße

bleiben oder wieder werden muß, die sich die Befürworter dieser Subvention vorstellen. Der Einzelhandel hat sich in den letzten Jahren dramatisch verändert. Die Kunden sind nicht nur, aber auch, in den Online – Handel gewechselt. Diese Entwicklung, auch begünstigt durch Corona, bleibt unumkehrbar. Wenn sich also in den früheren Einkaufsstraßen dauerhaft Leerstände auftun, ist es sinnvoll, über eine teilweise Umwidmung dieser Straßen in Wohnviertel nachzudenken. Man muß keine Wohntürme errichten oder städtische Randgebiete bebauen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, der dringend gebraucht wird. Das soziale Umfeld für Familien und Singles erfordert eine Mischform von Wohnen Einkaufen ,Geselligkeit und Betreuung, kurz ein soziales Umfeld, das mit am besten in den Zentren alter Städte zu erhalten, herzustellen oder wieder zu errichten ist.

Eine dringende Überprüfung bedürfen auch Art und Umfang der Subventionen für den Gartenschaupark. Bedingt durch Corona hat er nach Pressemeldungen in 2020 einen Einnahmerückgang von 350 Teuro, der nach Lage der Dinge auch in den nächsten Jahren nicht auszugleichen ist. Die bisher zugesagten jährlichen Leitungen der Stadt werden also bei weitem nicht ausreichen.

Jede Gemeinde ist durch denkmalsgeschützte Gebäude gekennzeichnet und monetär beschwert. Als Beispiel sei hier die Johannes Kapelle genannt, die sich seit etwa 15 Jahren im städtischen Eigentum befindet und teuer saniert werden muß. Wenn man denn Schon keinen anderen z.B. privaten Weg findet, das Gebäude aus der Sorge der Stadt zu entlassen, muß nach der Restaurierung durch die Stadt sichergestellt werden, daß die Kapelle nicht unter Verschluss, sondern der Öffentlichkeit dauerhaft für Veranstaltungen, Familien- oder kirchlichen Feiern, falls die Kirche das will, zur Verfügung steht

und das parkähnliche Gelände um das Gebäude herum entsprechend gepflegt wird.

Ein Wort noch zu den Aufwendungen für den Sportbetrieb in der Stadt. Die Vereine leben durch die Zuwendungen der Stadt in Form von Sportstätten und in Geld in einem paradiesischen Zustand, jedoch haben sie nicht den Ewigkeitsanspruch auf Aufrechterhaltung dieser Situation. Hier ist es richtig, einen Sportstättenbedarfsplan mit Prioritätsliste zu erstellen, um nicht unerwarteten lokalen Schnellschüssen ausgesetzt zu werden. Immerhin hat die Verwaltung Vorschläge gemacht, die eine zeitliche Verschiebung einiger Investitionen vorsehen. Eine strukturelle Verbesserung der Haushaltssituation wird dadurch nicht erreicht, aber immerhin wird in diesen Zeitläuften nicht etwas durchgesetzt, was nicht auch warten kann.

Nun hat die Verwaltung eine Änderungsmitteilung zum Haushaltsentwurf vorgelegt, deren Einzelmaßnahmen eine weitere Verschlechterung im Finanzplan 2021 bedeuten. In 2021 führen die Änderungen aus Investitionstätigkeiten zu einer Mehrbelastung im Finanzplan von Euro 5,1 Mio. Dadurch erhöht sich der nur durch Kreditaufnahme zu deckende Finanzbedarf von bisher Euro 19,5 Mio auf Euro 24,6 Mio mit Folgen für die weiteren Jahre. Planerisch müßten sich die Investitionskredite in 2021 auf insgesamt Euro 43 Mio belaufen. Das mag auch daran liegen, daß ein Teil der ursprünglich geplanten Zuwendungen von Bund und Land nicht kommen. Die Liquiditätskredite – ein ganz schlechtes Zeichen ! – erhöhen sich auf 6 Mio.

Die weiteren Änderungsvorschläge der Verwaltung erschöpfen sind reine Verschiebungen in die Zukunft ohne weitere positive Auswirkung auf den Haushalt als ganzem.

Wie gesagt, konnte ich bemerkenswerte Ansätze zu einer den Umständen angemessenen sparsamen Haushaltsführungen nicht entdecken. Das ist für mich nichts neues, habe ich es denn auch in allen Haushaltsreden der vergangenen Jahre herausgestellt. Man fragt sich ,ob dazu der Wille fehlt oder ob die Verwaltung andere Informationen insbesondere also andere Zahlen zu Verfügung hat, die einen solchen Haushalt rechtfertigen. Mit Corona hat das nichts zu tun, haben wir doch diese Haushaltssituation seit Vorcoronazeiten. Was man vor drei Jahren noch mit Bedenken gutheißen konnte wie das Projekt Rathausstraße, kann heute rational in diesem Umfang nicht mehr nachvollzogen werden.

Es gibt aber auch Hinweise im Haushalt, die auf eine gewisse Stadtentwicklungsstrategie hindeuten und die wir unterstützen. So sind für den Erwerb von Grundstücken im Haushalt in der Betrachtungsperiode 23 Mio eingestellt. Das sollte helfen, weitere Industrie und Gewerbe anzusiedeln und ortsansässigen Unternehmen Entwicklungschancen zu bieten. Dennoch darf der Gedanke, interkommunale Industrie- und Gewerbegebiete zu schaffen, nicht aufgegeben werden. Es wäre schön, demnächst von der Verwaltung zu hören, wie weit man mit diesen Überlegungen gekommen ist.

Meine verehrten Zuhörerinnen und Zuhörer, bei dieser Analyse werden Sie wohl kaum erwarten, daß die FDP diesem Haushalt zustimmen kann. Wir lehnen ihn ab, bieten aber ausdrücklich unsere Hilfe und Unterstützung zu einer Konsolidierung des Haushalts an.

Danke.